

Der tödliche Schuss traf den Nazi von hinten

GESCHICHTE Vor 70 Jahren ereignete sich in Siegburg die Volkshaus-Schießerei. Nationalsozialisten griffen Gewerkschafter an. SS-Männer starteten blutigen Rachefeldzug. Prügel im Landratsamt

Von Norbert Flörken

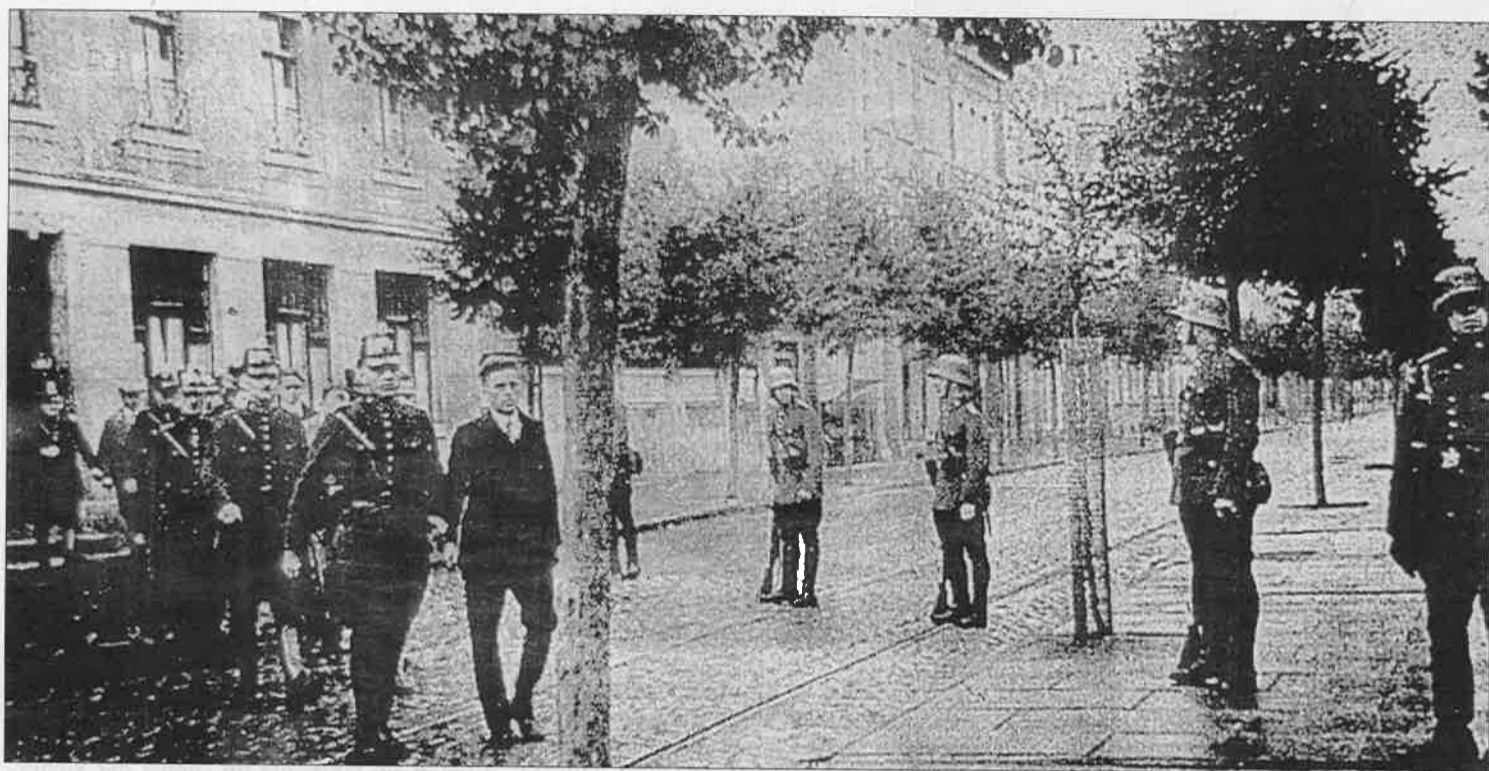
SIEGBURG. In den frühen Morgenstunden des 15. Februar 1933, gegen 2:30 Uhr, fallen am „Volkshaus“ an der Siegburger Kaiserstraße Schüsse. Von der gegenüberliegenden Tankstelle feuern SA und SS. Aus dem Haus, das dem Metallarbeiterverband gehört und in dem auch Räume des Gewerkschaftsbundes und der SPD sind, schießen Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Bei diesem Schusswechsel tötete eine Kugel den SS-Scharführer und Anstreichergehilfen Franz Müller.

Kurz darauf nehmen Polizisten die 16 Männer, die sich im Volkshaus verschanzt haben, fest und stellen einen Karabiner, drei Pistolen und Munition sicher. Der Bruder des Getöteten, Emil Müller, und zwei andere Nazis machen sich am Vormittag zu einem Rachefeldzug in Siegburg auf. In SA-Uniform suchen sie im Arbeitsamt nach dem stellvertretenden Leiter, einem SPD-Mann, finden ihn aber nicht. Sie verabschieden sich mit den Worten: „Der Kerl hat Glück gehabt, dass er nicht da ist!“

Anschließend fragen sie im Landratsamt nach dem Kreisbauamtssekretär Josef Kitz, Vorsitzender der Troisdorfer SPD. Im Zimmer eines Vorgesetzten finden sie ihn. Wortlos schlagen sie sofort mit Gummiknüppeln auf Kitz ein und verlassen ebenso wortlos den Raum. Mit drei weiteren Nazis dringt Müller in die Wohnungen der Siegburger Gewerkschaftssekretäre Berghold und Matthias Klein ein und zettelt Schlägereien an; Schüsse fallen.

Die Machtübernahme

Der Weg in den Abgrund: 1933 – vor 70 Jahren, zwischen dem 30. Januar und dem Herbst 1933, rissen die Nationalsozialisten die Macht in Deutschland an sich. Dies geschah in kleinen, schnellen Schritten, die die Gegner und Zweifler überrumpelten. Am 30. Januar war Hitler noch Reichskanzler in einer Koalitionsregierung, außer ihm gehörten an diesem Tag nur zwei NSDAP-Minister der Reichsregierung an. Am Jahresende waren tausende Menschen ermordet, tausende aus Deutschland verjagt, tausende Menschen im illegalen Untergrund und etliche tausende saßen in Gefängnissen. Die Parlamente im Reich, den Ländern und den Gemeinden waren entmachtet, die Grundrechte außer Kraft gesetzt, alle anderen Parteien außer Hitlers NSDAP verboten. Politisch anders Denkende wurden eingeschüchert und mundtot gemacht. In den kommenden Monaten wird der General-Anzeiger an Hand von Episoden aus dem Alltag an diese Zeit, den Anfang der Nazi-Diktatur erinnern. Manche Ereignisse haben sich anderswo ähnlich zugetragen. kl



Schwer bewacht werden die 16 angeklagten Gewerkschafter und Sozialdemokraten beim Ortstermin aus dem Volkshaus an der Kaiserstraße herausgeführt. Dort starb bei einer Schießerei am 15. Februar 1933 ein Siegburger SS-Scharführer. REPOS: GA

Wenig später werden Müller und ein zweiter Schläger festgenommen. Während Müller schnell wieder frei kommt, ergeht gegen den Zweiten Haftbefehl. Kitz, an den heute in Troisdorf eine Straße erinnert, kommt ins Krankenhaus. In der Nacht zum 13. März wird er um 2 Uhr – nur wenige Stunden nach dem Ende der Gemeindevahl, für die er aber nicht mehr kandidiert hatte – verhaftet und ins Siegburger Gefängnis gebracht. Am 15. Juni und am 9. Juli 1933 stellt Kitz Entlassungsanträge. In letzterem bedauert er seine SPD-Mitgliedschaft. Daraufhin verfügt der Landrat „nach Rücksprache mit dem Kreisleiter, der Gefängnisverwaltung sowie dem Bürgermeisteramt in Troisdorf“ die Entlassung von Kitz. Zwei Reaktionen auf die NS-Übergriffe sind überliefert. Sie zeigen, dass bei den Arbeitern noch Widerstand vorhanden ist. Am Nachmittag des 15. Februar ruft Gewerkschafter Henseler im Landratsamt an und berichtet dem Regierungsassessor Thiel von Unruhe unter den Arbeitern von Troisdorf und Siegburg, vor allem bei denen der Mannstaedt-Werke und der RWS (heute Dynamit Nobel). Henseler bittet um Schutz für die prominenten Gewerkschafter und Sozialdemokraten Kitz, Klein, Berghold und Fleischer – sonst gebe es Streiks. Thiel beruhigt: Für Schutz sei gesorgt, außerdem billige die SA diese Vorfälle nicht.

Kaum hat Thiel den Hörer aufgelegt, klingelt wieder der Apparat: Diesmal ist

es der Mannstaedt-Direktor Leo Kutteneuler. Der Betriebsrat sei gerade bei ihm und habe ihm erklärt, wenn ihre Gewerkschaftskollegen weiter bedroht würden, gebe es Streik; darin seien sich die Mannstaedt-Arbeiter mit ihren RWS-Kollegen einig. Jetzt wird Thiel deutlich: Der Grund für die Übergriffe sei schließlich die Erschießung des SA-Mannes Müller am Volkshaus, „als deren mittelbare Täter die bedrohten Personen angesehen würden“.

Die möglichen Täter – Thiel meint die drei Nazis vom Vormittag – seien verhaf-

„Es besteht kein Grund zur Beunruhigung der Bevölkerung und insbesondere der Arbeiter“

tet, für Schutz sei gesorgt. Die Gewerkschafter Klein und Fleischer haben sich darauf aber nicht verlassen, sondern sind in Begleitung eines Polizisten nach Köln zu Freunden gefahren. Die Reaktion von Landrat Wessel lässt sich aus den Akten sehr genau ermitteln. Der Landrat hat im von Thiel stammenden Entwurf seines Berichtes an den Regierungspräsidenten den Satz gestrichen, in dem Thiel den Gewerkschaftern eine Mitschuld an den Angriffen zuschiebt.

Das angeforderte Kommando Schutzpolizei für die Beerdigung von Franz Müller, das nach Thiels Vorstellung 40 Mann groß

sein sollte, schrumpft nach einer weiteren Korrektur in der Endfassung auf 20 Mann. Wessel ist offensichtlich bestrebt, den Scharfmacher Thiel zurückzuhalten und die Nervosität nicht weiter anzuhetzen. „Ich habe sowohl den Mannstaedt-Betriebsrat wie die bei mir vorstellig gewordenen Arbeiterführer dringend gebeten, auf ihre Leute beruhigend einzuwirken und die Arbeiterschaft von Unbesonnenheiten und von unbegründetem Streik zurückzuhalten, was mir bindend zugesagt wurde“, schreibt Wessel an den RP. Wessel versichert den Arbeitern außerdem, dass „kein Grund zur Beunruhigung der Bevölkerung und insbesondere der Arbeiterschaft besteht“ und dass alle möglichen polizeilichen Maßnahmen zur Abwendung von weiterer Bedrohung der Arbeiterführer getroffen seien.

Damit befindet sich Landrat und Zentrumsmittglied Wessel durchaus nicht auf der Linie der Nazis. Es verwundert daher auch nicht sonderlich, dass Wessel am 5. April „aus Gesundheitsgründen“ beurlaubt und am 15. April nach Erkelenz versetzt wird. Er ist einer der etwa 20 Landräte in Preußen, die ihren Posten verlieren oder abgeschoben werden. Wessels Nachfolger wird der Schriftsteller Ludwig von Buttlar. Ende April tritt Wessel aus dem Zentrum aus. Noch im Laufe des Jahres 1933 wird die Troisdorfer Kirchstraße in „Franz-Müller-Straße“ umbenannt.

Im ersten Prozess vor dem Bonner Landgericht im Sommer 1933 wurden sechs Männer wegen gemeinschaftlichen Totschlags zu acht bis zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt, die anderen aus Mangel an Beweisen freigesprochen – aber in Schutzhaft behalten. Das Gericht hielt es für erwiesen, dass die Nazis keinen einzigen Schuss abgegeben hätten. Dank der hartnäckigen Bemühungen des beherzten Verteidigers Dr. Grüne wurde der Prozess 1935 neu aufgerollt. Das war möglich, weil zuvor neun Nazis wegen Meineides verurteilt wurden – sie hatten den Besitz und den Gebrauch von Waffen abgestritten.

Nach dem zweiten Urteil, das alle angeklagten Volkshausverteidiger freisprach, waren diese in der Nacht von einer SS-Streife zuerst beschossen worden und hatten daraufhin das Feuer erwidert. Es ist in mehreren Prozessen nie geklärt worden, wer die tödliche Kugel abgefeuert hat. Die Mütze des erschossenen SS-Mannes Müller hatte den Einschuss auf der Rückseite. Vielleicht traf ihn der Schuss aus Richtung Volkshaus – vielleicht kam er aber auch von hinten aus den eigenen Reihen.



Vom Hof dieser Tankstelle aus haben vor 70 Jahren Siegburger SS-Männer das gegenüberliegende Gewerkschaftshaus unter Feuer genommen.